A6 Stell' Dir vor es gäbe Krieg und Keine/r geht hin! - Letale autonome Waffensysteme weltweit ächten

Antragsteller*in: Doris Wagner (KV München)

1 Die Entwicklung und der mögliche Einsatz von letalen autonomen Waffensystemen
2 (Lethal Autonomous Weapon Systems bzw. LAWS) sind eine reale Gefahr. Der
3 Terminator mag Science Fiction sein, bewaffnete Drohnen, die ihre Angriffsziele
4 selbstständig identifizieren und attackieren könnten, sind es hingegen nicht.

5 Eine besondere Gefahr von LAWS liegt in der extrem hohen Geschwindigkeit, mit
6 der ein Algorithmus eine Entscheidung fällen kann. Das kann dazu führen, dass
7 menschliche Kontrolle als hinderlich empfunden und dass immer mehr Befehlsgewalt
8 abgegeben wird.

9 Dies ist nicht nur ethisch inakzeptabel, sondern birgt auch die Gefahr nicht
10 intendierter Eskalation (sogenannte flash wars) aufgrund unvorhersehbarer und
11 nicht nachvollziehbarer Interaktion verschiedener Algorithmen.

12 Seit Jahren kämpfen deshalb IT-Expert*innen, Völkerrechtler*innen und NGOs für
13 ein umfassendes Verbot von letalen autonomen Waffensystemen. Seit 2016
14 verhandeln Vertreter*innen von 89 Staaten im Rahmen der Vereinten Nationen über
15 die Ächtung von LAWS. Trotz anders lautender Lippenbekenntnisse setzt sich die
16 Bundesregierung bislang bei den Verhandlungen nicht für ein Verbot autonomer
17 letaler Waffensysteme ein.

18 Je weiter aber die technologische Entwicklung voranschreitet, desto schwieriger
19 wird es, sie mittels eines Verbotsvertrages einzugrenzen. Deshalb haben im Juni
20 2018 mehr als 4.500 Mitarbeiter*innen des Google-Mutterkonzerns „Alphabet“ mit
21 einer Petition Alarm geschlagen und ein sofortiges Ende der Entwicklung letaler
22 autonomer Waffen gefordert. Auch Tech-Pioniere wie Elon Musk warnen vor den
23 enormen Gefahren.

24 Rund ein Drittel der von Deutschland 2017 exportierten Waffen stammten aus
25 Bayern, gleichzeitig haben viele IT-Unternehmen ihren Sitz im Freistaat –
26 deshalb haben wir auch gerade in Bayern die Verantwortung, klar Nein zu sagen
27 zur Entwicklung letaler autonomer Waffen.

28 **Forderungen**

29 Die Landesversammlung fordert alle grünen Mandatsträger*innen in Bayern auf sich
30 auf ihren jeweiligen Ebenen für folgende Forderungen einzusetzen:

- 31 • Die Würde des Menschen ist unantastbar! Deshalb darf niemals eine
32 Maschine, ein Algorithmus eine Entscheidung über Leben und Tod fällen.

- 33 • Die Bundesregierung muss sich in Übereinstimmung mit ihrem
34 Koalitionsvertrag dafür einsetzen, dass weder im Rahmen der geplanten
35 Europäischen Verteidigungsunion noch unter dem Dach deutscher
36 Verteidigungsforschung Gelder für Forschung und Entwicklung von LAWS zur
37 Verfügung gestellt wird.

- 38 • Auch die bayerische Staatsregierung darf keinesfalls Gelder für die
39 Forschung und Entwicklung letaler autonomer Waffensysteme zur Verfügung
40 stellen.

- 41 • Wir fordern die Bundesregierung auf, unter Federführung des
42 Verteidigungsministeriums und unter Einbeziehung der Bundeswehr,
43 Leitlinien für die Nutzung autonomer Waffensysteme für die deutschen
44 Streitkräfte zu erarbeiten, die u.a. in aller Klarheit die Entscheidung
45 über Leben und Tod durch Algorithmen ausschließt.

- 46 • Abrüstungsverhandlungen:
 - 47 ◦ Die Bundesregierung muss sich auf europäischer Ebene dafür
48 einsetzen, einen Beschluss herbei zu führen, mit dem die
49 Mitgliedstaaten der Europäischen Union sich im Rahmen der UN-
50 Abrüstungsverhandlungen (VN-Waffenübereinkommen Convention on
51 Certain Conventional Weapons - CCW) mit einer Stimme für ein Verbot
52 von Entwicklung, Produktion und Handel von LAWS und schließlich für
53 die Ächtung letaler autonomer Waffensysteme einsetzen.
 - 54 ◦ Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, in Übereinstimmung
55 mit der UN-Resolution 1325, Frauen auf allen Ebenen und in allen
56 Gremien der Abrüstungsverhandlungen gleichberechtigt zu beteiligen.
 - 57 ◦ Die Bundesregierung muss sich bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen
58 2019 für konkretes Verhandlungsmandat der GGE (Group of Governmental
59 Experts) einsetzen.
 - 60 ◦ Wenn es sich abzeichnet, dass es bei den CCW-Verhandlungen keine
61 Fortschritte gibt, soll die Bundesregierung die Möglichkeit einer
62 'Coalition of the Willing' für ein Verbots-Abkommen ausloten.

Begründung

Es verletzt die Würde des Menschen, die Entscheidung über Leben und Tod an einen Algorithmus zu

delegieren. Deshalb streben wir ein Verbot der Entwicklung, der Produktion und des Einsatzes von letalen autonomen Waffensystemen an. Das sagen wir ganz bewusst auch als bayerische Grüne mit Blick auf die im Freistaat stark vertretene Rüstungs- und IT-Branche und auch mit Blick auf die von Ministerpräsident Markus Söder im Frühjahr angekündigte und im Koalitionsvertrag zwischen CSU und Freien Wählern vereinbarte neue Fakultät für Luft- und Raumfahrt in Ottobrunn/Taufkirchen (in unmittelbarer Nachbarschaft zur Universität der Bundeswehr und zum Unternehmen Airbus Defense and Space).

Aufgrund der Geschwindigkeit der technologischen Entwicklungen drängt die Zeit. Wenn die ‚Büchse der Pandora‘ erst einmal geöffnet ist, lässt sie sich nicht mehr schließen.

Militärische Gewalt ist für uns grundsätzlich ‚ultima ratio‘. Wir fordern, dass das internationale humanitäre Recht Anwendung findet und jegliche Waffe einer ‚sinnvollen menschlichen Kontrolle‘ unterworfen ist. Im Rahmen der CCW-Verhandlungen (UN-Konvention über bestimmte konventionelle Waffen) muss das Völkerrecht weiterentwickelt werden, so dass es auch LAWS umfasst und verbietet.

Nachdem Abrüstungsverhandlungen insgesamt völlig am Boden liegen und auch ein Verbot von LAWS im Rahmen der UN-Verhandlungen derzeit gänzlich unrealistisch ist, müssen andere Wege gefunden werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, Partnerationen für eine ‚Koalition der Willigen‘ zu finden, die gemeinsam ein Verbot beschließen. Das ist ein starkes Signal und baut politischen Druck auf.

Unterstützer*innen

Dieter Janecek (KV München), Beppo Brem (KV München), Henrike Hahn (KV München), Maria Feckl (KV Erding), Heidi Schiller (KV München), Wolfgang Kolb (KV Ebersberg), Burkhard Köppen (KV Traunstein), Andreas Baier (KV München), Jonathan Creed (KV München), Philipp Blumhardt (KV München), Peter Heilrath (KV München), Martin Pilgram (KV Gilching), Gudrun Lux (KV München), Jürgen Trepohl (KV München), Marese Hoffmann (KV Dachau), Alexander König (KV München), Barbara Epple (KV München), Ulrike Sengmüller (KV München), Gerti Kustermann (KV Ostallgäu)